

Zeitschrift: Mittex : die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im deutschsprachigen Europa

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung von Textilfachleuten

Band: 91 (1984)

Heft: 7

Rubrik: Wirtschaftspolitik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wirtschaftspolitik

Prioritäten der Wirtschaftspolitik

Referat, gehalten an der Generalversammlung des VATI, vom 11. Mai 1984

«Es ist klar, dass man in der Wirtschaftspolitik Prioritäten setzen muss. Die wichtigsten können sogar nebeneinander bestehen. Ich möchte nur einige wenige herausgreifen, die mir namentlich heute – kurz- und längerfristig betrachtet – von grosser Bedeutung erscheinen.

Günstige Rahmenbedingungen

Dabei möchte ich gleich vorausschicken, dass ein erfolgreiches Wirtschaften der Unternehmerschaft und ein Gedeihen von Staat und Gesellschaft günstige ökonomische Rahmenbedingungen voraussetzt. Sind diese nicht oder nur teilweise gegeben, so verfügen die Unternehmer über keinen entsprechenden Spielraum und die staatliche Wirtschaftspolitik muss versagen. Ganz geraqft möchte ich unter den erfolgreichen Rahmenbedingungen postulieren:

- eine stabile Rechtsordnung
- eine gute Infrastruktur
- eine erfolgreiche Stabilitätspolitik
- ein günstiges Investitions- und Wettbewerbsklima mit entsprechenden marktwirtschaftlichen Anreizen
- ein gutes Sozialklima, d.h. ein ansprechendes Verhältnis zwischen den Sozialpartnern bzw. ein gutes Betriebsklima
- ein ausgezeichnetes Bildungssystem auf allen Stufen, bzw. eine entsprechende Förderung des Forschungs- und Ausbildungsplatzes Schweiz
- eine liberale Aussenwirtschaftspolitik

Erst die Verwirklichung dieser Rahmenbedingungen ermöglicht eine risikobereite Unternehmungsstrategie. Diese Rahmenbedingungen müssen stetig sein, damit die Wirtschaft längerfristig disponieren kann. Innerhalb der Rahmenbedingungen soll sich die Wirtschaft frei entwickeln können. Sie braucht keine staatliche Anleitung, wie sie dieselben ausnutzen soll. Auch Massnahmen zur Strukturerhaltung führen nie zum Ziel – im Gegensatz zu Anpassungsinterventionen, die die Marktkräfte nicht ausschalten. Vorkehren zur Strukturerhaltung haben sich überall als volkswirtschaftliche Fehlgriffe erwiesen und die Gesamtwirtschaft als Ganzes belastet. Günstige Rahmenbedingungen sind auch die Voraussetzungen für eine konkurrenzfähige, innovative Privatwirtschaft, die uns einen hohen Beschäftigungsgrad und ein angemessenes Wachstum sichern kann, in dem Sinne, dass jedermann oder fast jeder, der über eine entsprechende Ausbildung verfügt und arbeiten will, auch Arbeit findet.

Zu hohe Staatsquoten

Als einer der Gradmesser für günstige oder ungünstige Rahmenbedingungen kann man die Staatsquote betrachten. Die Höhe der Staatsquote muss zwangsläufig in die Beurteilung einbezogen werden. Mit Ausnahme der Schweiz ist diese in allen Ländern in den letzten Jah-

ren stark angestiegen. Es ist dies eine Entwicklung, die vom Standpunkt einer funktionsfähigen Marktwirtschaft und einer starken Privatwirtschaft zu grösster Besorgnis Anlass gibt.

Auch in unserem Land hat sich der Anteil der Ausgaben der öffentlichen Verwaltung am Bruttosozialprodukt von 22% 1970 auf 28% 1976 erhöht. Seither ist eine Abschwächung feststellbar: 1981 25,7%, 1982 haben wir wieder einen leichten Anstieg auf 26,5%. Gleiches gilt von den Gesamtausgaben des Staates (öffentliche Verwaltung + Sozialversicherungen + Anstalten/Betriebe). In Prozenten des Bruttosozialprodukts erreichten sie 1970 33%, 1976 42%, 1981 38% und 1982 wiederum 39,5%. Unser Land liegt damit wesentlich günstiger als die meisten anderen Industriestaaten.

So erreicht beispielsweise die Staatsausgabenquote in Schweden 62%, in den Niederlanden 60%, in den Vereinigten Staaten 35%, in Italien, Frankreich, Grossbritannien und Deutschland zwischen 46 und 47%.

Von Politikern – leider auch von Magistratspersonen – wird immer wieder darauf hingewiesen, dass in andern Ländern die Staatsausgabenquote höher liegt als in der Schweiz. Man konstruiert aus diesen Vergleichsmargen, die man noch ausnützen könnte, die einfältige Begründung für eine weitere zusätzliche Belastung der Wirtschaft. Eine solche Politik wäre im heutigen Zeitpunkt jedoch verwerflich; denn die Höhe der Staatsquote ist mitentscheidend für den Freiheitsraum der Unternehmungen, ihre Selbstfinanzierungskraft und die internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Es ist eine erhärtete Erfahrungstatsache, und das kann ein jeder Unternehmer in den Niederlanden und in den skandinavischen Ländern bestätigen, dass bei hohen Staatsquoten die marktwirtschaftlichen Mechanismen nicht mehr ganz spielen und die Leistungsanreize ungenügend sind. Die Wirtschaft büsst ihre Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit, die Möglichkeit zur Selbstfinanzierung und ihre Ertragskraft ein zum Schaden nicht nur der Unternehmer, sondern auch der Beschäftigten und der Rentner.

Die im Ausland gemachten Erfahrungen sind stark ernüchternd: Hohe Staatsquoten sind immer mit entsprechenden Abschöpfungen verbunden, welche die Innovationskraft der Unternehmungen beeinträchtigen und der Spartätigkeit und der Kapitalbildung Schranken setzen. Sie begrenzen aber auch die Wettbewerbskraft und engen den Spielraum und den Freiheitsraum nicht nur der Unternehmungen, sondern auch der einzelnen Bürger über hohe Steuer- und Sozialabgaben entsprechend ein.

Es ist kaum möglich, dass in einem solchen Klima die heute zahlreichen dringend benötigten Unternehmerbegabungen und Talente heranreifen, weil ganz einfach die Risikobereitschaft, die Motivation und der Wille zur Selbstbehauptung fehlen. Kreative Persönlichkeiten wandern ab, gehen in den diplomatischen Dienst, zu den Zentralbanken oder in die Schattenwirtschaft. Sie können dann auch nicht durch grosse Worte und durch Peitschenknallen hervorgezaubert werden.

In diesem Zusammenhang muss ich auch einige Worte sagen über die Gewinne in den Unternehmungen. Der Unternehmer muss in der Lage sein, Gewinne zu erzielen, um den Betrieb durchhalten zu können. Der Gewinn, die marktwirtschaftlichen Anreize, die freie Preisbildung sind der Motor der Wirtschaft. Ohne Gewinne können Produkte nicht hergestellt und auf die Dauer auch nicht verbessert werden. Eine Firma kann ohne Gewinn gar nicht existieren. Die Hauptaufgaben des Unternehmers

sind, Erträge und Gewinne zu erwirtschaften. Erst damit kann er Arbeitsplätze sichern durch innovationsträchtige Investitionen oder neue Arbeitsplätze schaffen. Auf diese Weise dient er dem volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse.

Preisüberwachung

In diesem Kreis darf ich festhalten, dass mich die Annahme der Preisüberwachung durch eine Verfassungsinitiative und deren Regelung auf gesetzlicher Stufe, die nun im Entstehen ist, sehr beunruhigt. Leider haben sich die Wirtschaft und die bürgerlichen Parteien zu wenig gegenüber der Verfassungsinitiative gewehrt. Der Abstimmungskampf ist lauwarm geführt worden, obschon der Vorort seit vielen Jahren immer wieder auf die ausserordentliche Gefährlichkeit der Preisüberwachung und der Preiskontrolle hingewiesen hat.

Dabei ist aber auch zu erwähnen, dass die Umstände einer Annahme günstig waren (emotionale, nicht sachkundige, sondern Hoffnung erweckende Begründung, die Tatsache einer hohen Inflationsrate von 6,2% bei gleichzeitiger starker Diskussion über den Berechnungsmodus des Indexes der Konsumentenpreise, Schwierigkeiten von Branchen, den Teuerungsausgleich voll auszubezahlen, geschweige denn Reallohnnerhöhungen zuzustehen).

Es sollte unbedingt vermieden werden, dass der Verfassungszusatz bei seiner Konkretisierung auf gesetzlicher Stufe interventionistisch durchinterpretiert wird und dass wir schlussendlich bei einer eigentlichen Preiskontrolle landen, welche die marktwirtschaftlichen Antriebskräfte und das Steuerungssystem der Wirtschaft zum grossen Teil lahmlegen könnte.

Schlüsselstellung der Finanzpolitik

Angesprochen ist auch die Finanzpolitik. Dieser kommt höchste Priorität zu. Auf die Stabilitätspolitik komme ich im Anschluss an die folgenden Überlegungen zurück. Ich möchte hier vorerst lediglich beifügen, dass neben der Geldpolitik die Finanzpolitik die zweite strategische Grösse der Stabilitätspolitik ist. Offen gestanden erwarte ich wenig von einer antizyklischen Budgetpolitik. Diese beruht auf dem Umstand, dass die öffentliche Hand in guten Zeiten Überschüsse erzielen, diese sterilisieren und in Depressionszeiten Defizite schaffen sollte. Dieser Grundsatz ist jedoch infolge des unbegrenzten parlamentarischen Appetits nach Ausgabenvergrösserung nicht zu verwirklichen. Sie kennen ja das böse, aber zutreffende Wort von Joseph Alois Schumpeter: «Eher legt sich ein Hund einen Wurstvorrat an als eine demokratische Regierung eine Budgetreserve!»

Die Ausgabenpolitik muss immer wieder gezügelt werden. Allzu hohe Einnahmen und Budgetüberschüsse verführen nur zu vermehrten Ausgaben.

In der Ausgabenpolitik stellt sich das Erfordernis einer wirksamen Ausgabenplafonierung. Dazu ist die politische Durchsetzung einer Prioritätsordnung erforderlich. Man muss klar zum Ausdruck bringen, was mit den gegebenen und zu erwartenden Mitteln finanziert werden kann und was nicht.

Alle Ziele lassen sich niemals gleichzeitig erreichen. Man muss sich auch im Bundesrat, überhaupt in jeder Regierung, klar werden, welcher Stellenwert den einzelnen

Posten (Landesverteidigung, Verkehr, Landwirtschaft, Sozialpolitik, Bildung und Forschung, Entwicklungshilfe) zukommt.

Seit vielen Jahren habe ich immer wieder die Meinung vertreten, dass es sich hier um die eigentliche Führungsaufgabe des Bundesrates und weniger um eine solche des Parlamentes handelt.

Im Grunde genommen sollte man konsequent nach dem schon vom berühmten österreichischen Nationalökonom Eugen von Böhm-Bawerk, wiederholt Finanzminister der Donaumonarchie, vertretenen Prinzip handeln, wonach keine Ausgaben ohne Deckung beschlossen werden dürfen. Wie erwähnt, ist es eine wichtige Aufgabe des Bundesrates, eine Prioritätsordnung aufzustellen. Wo dies möglich ist, sollten Aufgaben vermehrt auf den Markt sowie zu den Kantonen und Gemeinden hin verlagert werden, weil der Sachverhalt auf diesen Stufen transparenter und die Kontrolle durch den Bürger eher gewährleistet ist, was in Richtung einer sparsamen Mittelverwendung wirkt. Grundsätzlich hat man sich ständig zu überlegen, wo substantielle Einsparungen bei den öffentlichen Einrichtungen angemessen sind. In Bezug auf eine straffe, konsequente Budgetpolitik darf nie nachgelassen werden.

Ein dringliches und wichtiges Anliegen ist die Revision der Warenumsatzsteuer, wobei es sich primär darum handelt, für verbesserte Rahmenbedingungen der Wirtschaft zu sorgen. Es geht vor allem um den Abbau der Investitionsbesteuerung. Der Einnahmenausfall von 1,1 Mrd. Franken soll zwar kompensiert werden. Es sollte aber in Kauf genommen werden, dass der Ausgleich eventuell nur teilweise gelingt.

Bei einer modifizierten Umsatzsteuer könnten in einer späteren Phase die verfassungsmässigen Sätze erhöht werden, ohne Verschärfung der Wettbewerbsproblematik, vielleicht in einem Ausmass, dass sich noch ein gewisser Überschuss ergäbe, um so Spielraum zu gewinnen für anderweitige Entlastungen, insbesondere im Sinne einer Milderung der steilen Progression im Tarif für natürliche Personen der direkten Bundessteuer. Wenn man heute mit einem neuen Versuch zur Einführung der Mehrwertsteuer sympathisiert, dürften solche Bestrebungen kaum grosse Erfolgsschancen haben.

Zuerst sollte nun die Warenumsatzsteuer gewissermassen der Mehrwertsteuer angenähert werden, später liesse sich dann allenfalls in den neunziger Jahren an einen Systemwechsel ohne Zusatzeinnahmen für den Bundeshaushalt denken. Ein grosser Vorteil ist auch, dass der Schweizerische Gewerbeverband und die Verbände der Bauwirtschaft hinter dem Revisionsprojekt der Studienkommission Heimann stehen.

Ein anderes Postulat hat steuerliche Entlastungen zum Gegenstand, um damit der Idee zu entsprechen, dass das Risikokapital zu fördern sei. Hier ist zu erinnern an unsere Forderungen nach Eliminierung bzw. Abschwächung der wirtschaftlichen Doppelbesteuerung von Aktiengesellschaft und Aktionär, nach einer grosszügigen Verrechnung von Verlusten über mehrere Jahre hin, nach steuerfreien Rücklagen für Forschung und Entwicklung. Die vom Bundesrat im Rahmen seiner Botschaft zur Steuerharmonisierung beantragte Beteiligungsgewinnsteuer sollte von der Wirtschaft bekämpft werden.

Es ist reine Demagogie, von einem Aushungern des Staates zu sprechen. Seit 1970 hat der Bundeshaushalt mächtig expandiert gemäss den Zahlen des Voranschla-

ges 1984; die Einnahmen stiegen um 144% und die Ausgaben gar um 161% bei einer Geldentwertung von 88%. Man ist gezwungen, gewisse Grenzen zu setzen um ein für alle – mit Ausnahme gewisser Bürokraten – schädliches Ausufern zu verhindern. In diesem Zusammenhang möchte ich festhalten, dass der Vorort immer wieder für ein partnerschaftliches Verhältnis zum Staat eingestanden ist, dass unsere Verwaltung integer ist und es zahlreiche sehr fähige Beamte auf allen Stufen gibt, auf deren loyale Zusammenarbeit die Spitzenverbände der Wirtschaft und die einzelnen Unternehmungen angewiesen sind.

Sie sehen aus meinen Ausführungen, dass ich in der Finanzpolitik für gewisse Entlastungen plädiere. Dabei ist festzuhalten, dass wir bisher bei einer zukunftsbezogenen Ausschaltung der kalten Progression, welche die Einkommensbezüger im Rahmen der Teuerungsraten in immer höhere Progressionsstufen geführt haben, erfolgreich waren. Ich wäre dankbar, wenn sich auch die Textilindustrie deutlich einsetzen würde für die Eliminierung der sog. Taxe occulte. Diese Investitionssteuer macht heute 1,1 Mrd. Franken aus. Sie führt zu Wettbewerbsverzerrungen und benachteiligt nicht nur die Exportindustrie gegenüber der ausländischen Konkurrenz.

Notwendige Stabilitätspolitik

Als unabdingbar muss die Stabilitätspolitik gelten. Mit einer erfolgreichen Stabilitätspolitik, d.h. mit einem möglichst stabilen Preisniveau auf wirtschaftlichem, gesellschaftlichem und staatlichem Gebiet. Dabei ist die Geldmenge die erste strategische Grösse, die es unter Kontrolle zu halten gilt. Mittel- und längerfristig sollten die Notenbanken deshalb am vorgegebenen Geldmengenziel festhalten. Die Geldmenge muss mittelfristig im Einklang mit den realen Wachstumsmöglichkeiten der Wirtschaft stehen. Dabei geht es nicht um starre Regeln, sondern um immer wieder zu überprüfende Richtgrössen.

Dabei ist auch immer wieder die Wechselkurssituation zu beachten. Die wechselkursbedingten Interventionen von 1978 haben uns aber eine Inflationsrate von über 6% eingetragen und damit auch die politische Realisierung der Preisüberwachung, an welcher die schweizerische Wirtschaft schwer zu tragen haben wird. Als strategische Grössen habe ich die stabilitätsorientierte Geldpolitik sowie eine entsprechende Ausgabenpolitik genannt.

Einkommenspolitische Massnahmen sind keine Möglichkeit, eine Inflation zu stoppen. Es handelt sich um politisch hochstilisierte systemwidrige Massnahmen der Symptomtherapie, welche nie die Ursachen der Inflation, der Überliquidität bzw. ein allzu reichliches Geldangebot bekämpft, sondern lediglich an den Symptomen herumkorrigiert. Die Einkommenspolitik kann wohl einzelne Fälle erfassen, nicht aber das gesamte interdependente Preissystem, welches aus den spontanen Kauf- und Tauschhandlungen unzähliger Haushalte hervorgeht.

Ist ein Inflationspotential vorhanden, wie wir dies infolge des allzulangen Festhaltens an fixen Wechselkursen uns eingebrockt hatten, so nützt auch ein Herumdoktern durch einkommenspolitische Massnahmen im Sinne einer Preisüberwachung nichts. Entscheidend ist die rechtzeitige Vermeidung eines solchen Inflationspotentials.

Das Schwergewicht in der Stabilitätspolitik muss also auf der Notenbankpolitik und der Finanzpolitik sowie – und dies ist der dritte wichtige Faktor – auf einem vernünftigen Verhalten der Sozialpartner beruhen.

Im Ausland hat man immer wieder Lohnforderungen über den Produktivitätszuwachs hinaus zugestanden. Dies hat nicht nur die Inflation angeheizt, sondern die verschiedenen Volkswirtschaften in ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit geschwächt. Die Lohnpolitik sollte deshalb flexibel gestaltet und den Verhältnissen der Branchen und Betriebe angepasst werden, wobei die Ertrags- und Wettbewerbskraft bzw. ihre Erhaltung und Förderung wichtige Kriterien sein müssen.

Ein zu hohes Lohnniveau beeinträchtigt die Konkurrenzfähigkeit und geht stets zu Lasten der vor der Türe stehenden Beschäftigungslosen. Ich verweise auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik, in Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und den skandinavischen Ländern.

Aber auch bei uns müsste die öffentliche Hand aller Stufen flexibler sein.

Was die Notenbank anbelangt, so muss ich feststellen, dass diese in ihren Entscheidungen einer gewissen Unabhängigkeit gegenüber den politischen Gewalten und den Interessengruppen bedarf. Ich habe in die Sachkenntnis der Notenbank grösseres Vertrauen als in diejenige politischer Behörden auf den Gebieten der Geld- und Kapitalmarktpolitik. Dabei sollte auch zu grosser Vorsicht bei den Postulaten betreffend die Verteilung der Gewinne der Nationalbank gemahnt werden. Wird diesen Begehrungen stattgegeben, so wird eine Kette von politischen Forderungen ausgelöst (Finanzierung der ERG, der Entwicklungshilfe, der Krankenversicherung usw.) und die Unabhängigkeit des Noteninstituts würde entscheidend tangiert.

Stabilitätspolitik und Marktwirtschaft

Ich möchte zur Frage der Stabilitätspolitik und Marktwirtschaft noch einige Bemerkungen machen, um darzulegen, weshalb ich ständig auf der Stabilitätspolitik herumreite. Eine Inflationsrate von 6% hat beispielsweise zur Folge, dass jährlich rund 10 Milliarden Franken Vermögen und Einkommen in unserem Land ihren Besitzer wechseln.

Wer gewinnt, wer verliert bei einer schlechten Inflation? Zu den Verlierern gehört der in Nominalwerten sparende Bevölkerungsteil, zu den Gewinnern der Besitzer von Boden und Sachwerten, ferner der Schuldner, namentlich der Hypothekarschuldner sowie die öffentliche Hand über ihre Schulden und – was von den Politikern immer zu wenig beachtet wird – über die Steuerprogression. Wer aber die Inflation antizipieren kann über die Lohnpolitik (rechtzeitiger Teuerungsausgleich plus Reallohnnerhöhung) oder durch eine grosszügige Dynamisierung der Renten, kann auch als Lohnempfänger oder Rentner nicht zu den Verlierern gezählt werden. Bei akzentuierter Inflation und bei Übergang zur eigentlichen Stagflation (hohe Inflation bei starker Arbeitslosigkeit) verstärkt sich der Verteilungskampf, verschlechtern sich das soziale Klima und das Investitionsklima bei gleichzeitiger gefährlicher Schwächung des nationalen Zusammenhangs und des innenpolitischen Konsenses. Schliesslich werden – bei galoppierender Inflation – alle oder fast alle zu den Verlierern gehören.

Eine marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik, die Privatwirtschaft überhaupt, benötigt eine Sicherung des Geldwertes einerseits als Anreiz zur Vermögensbildung, zu Risikobereitschaft, Unabhängigkeit und Selbständigkeit, zur Sicherung der persönlichen Lebensvorsorge und als Bedingung oder Voraussetzung für die Vermögenserhaltung und anderseits als eine der wesentlichsten Voraussetzungen zum Funktionieren des Systems.

Die Inflation setzt falsche Massstäbe und verfälscht die Ergebnisse und Leistungen der Marktwirtschaft. Schlussendlich wird sie zu deren Zerstörung entscheidend beitragen, wie schon Lenin klar erkannt hat durch den ihm zugeschriebenen Ausspruch: «Um die bürgerliche Gesellschaft zu zerstören, muss man ihr Geldwesen verwüsten.»

In unwiderlegbarer Weise hat der verdienstvolle Berner Professor Hugo Sieber dargelegt, wie die Marktwirtschaft, eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung überhaupt, seitens der Inflation hauptsächlich über folgende Gebiete ausgehöhlt wird:

- über die Bodenpolitik
- über die Sozialpolitik
- über die Einkommenspolitik
- über die Investitionspolitik
- allenfalls auch über die Strukturpolitik des Staates.

Während der Jahre erfolgreicher Stabilitätspolitik haben drei der oben erwähnten Gebiete (Vorstöße auf dem Gebiete der Boden-, der Einkommens- und zum Teil auf demjenigen der Sozialpolitik) vorübergehend als Faktoren für eine Bedrohung und Unterspülung der Marktwirtschaft deutlich an Gewicht verloren. Dies wird sich wieder ändern, wenn es nicht gelingt, die Inflationsrate dauernd tief zu halten und gegenüber heute noch weiter abzusenken.

Die Flucht in Sachwerte als Folge der Inflation wird die Bodenpreise und Mieten in Bewegung bringen und zu eigentumsfeindlichen und interventionistischen Vorstößen führen. Dabei ist der Boden ohnehin ein neuralgischer Punkt. «Denn hohe und steigende Grundstückpreise – so sagt Herbert Giersch – schlagen sich ebenso wie hohe und steigende Zinsen in hohen und steigenden Mieten nieder. Zu einem bestimmten Teil ist diese Entwicklung eine Folge des Bevölkerungswachstums und der Unvermehrbarkeit des Bodens in den Ballungszentren (man denke an die dichtbesiedelten Länder Mitteleuropas G.W.). Zu einem andern Teil jedoch sind die hohen Bodenpreise nichts anderes als ein Reflex der zunehmenden Inflationserwartungen.»

Inflatorische Preiserhöhungen rufen ferner systemfremden Massnahmen der Einkommenspolitik (Preisüberwachung, Preiskontrolle). Eingriffe in den Arbeitsmarkt und ganz allgemein in die freie Preisbildung würden kaum auf sich warten lassen. Der Substanzzerfall des Geldes hat ferner in weiten Kreisen eine Schwächung der privaten Vorsorgemöglichkeiten zur Folge, so dass die staatliche Sozialpolitik (erste Säule) immer mehr an die Stelle privater und kollektiver Versicherungen (dritte und zweite Säule) treten wird. Jene müsste wiederum vermehrt über Steuern und Zwangsabgaben finanziert werden.

Ferner ist zu erwähnen, dass durch die Inflation besonders geschädigte Branchen und Regionen Förderungsmassnahmen struktureller Art und Erhaltungsinterventionen postulieren würden, denen bei hoher Inflation nicht in allen Fällen seitens der politischen Instanzen widerstanden werden könnte.

Schliesslich ist festzuhalten, dass der forcierte Ausbau des Wohlfahrtsstaates die Inflation begünstigt und dass die Folgen der Inflation nach mehr Interventionismus und mehr Wohlfahrtsstaat verlangen. Es gilt deshalb, dem Wohlfahrtsstaat sowohl aus wirtschaftlichen wie aus ordnungspolitischen Gründen entschieden Schranken zu setzen, sonst wird er über den Fiskal- und Hegungsstaat schliesslich zum allmächtigen Leviathan.

In der Stabilitätspolitik haben wir Erfolge erzielt, nicht nur in der Schweiz, sondern auch im Rahmen der OECD-Länder. Die Budgetdefizite, die hohe internationale Verschuldung und Keynes'sche Rezepte in der Wirtschaftspolitik bedeuten jedoch eine latente Gefahr. Es sind dauernde, unablässige Anstrengungen in der Geld- und Budgetpolitik – gegen die Triebkräfte der Politik – unerlässlich.

Die wirtschaftliche Aussenfront

Zu den ersten Prioritäten gehört auch der Kampf gegen den Protektionismus. Sie wissen aus Ihrer praktischen Tätigkeit, dass sich der Vorort und das Bundesamt für Aussenwirtschaft ständig mit Fragen des Protektionismus auseinandersetzen müssen. Weitere Probleme, die in diesem Zusammenhang auf uns lasten, sind folgende:

- Die Verzerrung der internationalen Wettbewerbsbedingungen durch Subventionen und Exportkreditverbilligungen durch den Staat;
- Wechselkursverfälschungen und Verschiebungen, die immer wieder zu Unsicherheiten führen;
- die internationalen Zahlungsprobleme infolge der riesigen Verschuldungspyramide;
- und schliesslich die ideologische Verpolitisierung der internationalen Handelspolitik.

Auf diesen Gebieten sind wir enorm verletzbar. Ich muss immer wieder darauf aufmerksam machen, dass wir mit den industrialisierten Kleinstaaten Belgien und den Niederlanden, sowie mit der Industriemacht der Bundesrepublik Deutschland, aber auch mit Japan das am meisten in der Weltwirtschaft integrierte Land sind.

Scharfe protektionistische Massnahmen würden unsere Exportwirtschaft ins Mark treffen. Wir sind deshalb vital interessiert an der Aufrechterhaltung des liberalen Welthandelssystems und an stabilen politischen Verhältnissen. Wichtigstes Ziel der Aussenwirtschaftspolitik ist, die Handelskanäle nach allen Seiten offen zu halten und zu verhindern, dass protektionistische Tendenzen überhand nehmen; diese sollten vielmehr wieder abgebaut werden.

Grenzen der Machbarkeit des Staates

Die Machbarkeit des Staates ist enger begrenzt, als selbst die Vertreter der Wirtschaft glauben. Der Interventionismus führt zu Verzerrungen und wird auf die Dauer die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der einzelnen Branchen, ja der gesamten Wirtschaft beeinträchtigen. Diese Feststellung gilt für die Textil-, die Uhren-, die Maschinen-, die chemische, die Nahrungsmittelindustrie, den Handel, das Bankensystem und die Assekuranz.

Was wir von der Schweiz aus nicht beeinflussen können, ist die wirtschaftliche und politische Entwicklung in den andern Ländern, von der unsere weltverbundene Wirtschaft vital abhängig ist. Wir müssen die weltweite Interdependenz anerkennen und damit leben.

Ich habe nicht über Beschäftigungsprogramme gesprochen. Dabei bereiten uns die 13 Millionen Arbeitslosen in den OECD-Ländern schwere Sorgen. Die Mittel eines Kleinstaates sind aber sehr begrenzt. In allen nationalen und internationalen Gremien müssen wir gegen den um sich greifenden Protektionismus und gegen eine ideologische Verpolitischung der internationalen Handelspolitik antreten und uns für die Aufrechterhaltung des liberalen, freien Welthandelssystems einsetzen. Im eigenen Haus müssen wir auf günstigen Rahmenbedingungen bestehen, wie ich sie einleitend formuliert habe.

In allen Ländern müsste jedoch die Wirtschaft von zahlreichen bürokratischen Massnahmen entreguliert und entfesselt werden. Ohne eine solche Entregulierung und eine Senkung der Staatsausgabenquote und des Einbaus zusätzlicher marktwirtschaftlicher Anreize wird ein gesundes Wachstum und ein dauernder wirtschaftlicher internationaler Aufschwung kaum möglich sein. Dabei wäre es verfehlt und verhängnisvoll, der Beschäftigungslosigkeit in der westlichen Welt durch Geldeinspritzungen und expansive Budgets zu Leibe zu rücken. Man würde die Inflation nur noch weiter anheizen und die riesige internationale Verschuldung in gefährlicher Weise weiter vorantreiben und schliesslich einem Kollaps entgegenführen. Mit einer expansiven Geld- und Kreditpolitik programmiert man bereits den nächsten Beschäftigungseinbruch.

Keynes'sche Rezepte haben bei den gegenwärtigen beängstigend hohen Staatsquoten, den Inflationsraten und riesigen Budgetdefiziten keine Aussichten, einen anhaltenden Wachstumsaufschwung unter marktwirtschaftlichen Bedingungen herbeizuführen. Sie würden letztlich zur Transformierung unseres Systems, d.h. über den Zustand der zurückgestauten Inflation mittels einer die marktwirtschaftlichen Mechanismen lahmlegenden Einkommenspolitik und punktueller Interventionen aller Art in den Kollektivismus führen.»

Dr. Gerhard Winterberger
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Vororts des Schweizerischen Handels- und
Industrievereins Zürich

Mode

Tersuisse-Feingewebe und DOB-Trends für Herbst/Winter 1985/86



Tersuisse-Bluse aus pflegeleichtem und knitterarmem Crêpe im modischen neuen Chemise-Stil. Die Kollerpartie, auslaufend in typische Raglanärmel, wird durch einen in Falten gelegten Brustteil betont.
Modell: Linea Inessa/Ines Blusen AG, CH-9032 Engelburg
Schmuck: Amapola, CH-8004 Zürich
Foto: Louis A. Burger, Zürich

Vielseitig präsentieren sich die Tersuisse-Garne für den Herbst/Winter 1985/86 in der Weberei. Die neuste Anregungskollektion der Marketing/Musterungs-Abteilung der Viscosuisse, zeigt leichte 70-gr/m²-Stoffe bis hin zu 210 gr/m² schweren Artikeln für elegante Kleider.

Neue Trends, Farben und Tendenzen zeigt dieses Bulletin. Der zurückhaltende, anspruchsvolle Kleiderstil lässt sich mit dezent gemusterten oder flachen Geweben realisieren. Reversible Qualitäten, glatt und strukturiert, sowie Matt/Glanz-Effekte bieten neue Verarbeitungsmöglichkeiten.

Klassische Bindungen wie Taffet, Satin, Twill bilden durch ihre Bindungspunkte interessante Oberflächenstrukturen, die als elegantes Deux-pièces oder Kleid ihre Wirkung entfalten.

**mit
tex** Zielgerichtete
Werbung = Inserieren
in der «mittex»